

P. A. Bous  
30. 9. 59



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/221 - 30. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Erklärungen müssen Schritte folgen Adenauer und die Abrüstung	44
2 - 3	Indiens Bevölkerung wächst Jetzt schon 415 Millionen Von Inge Deutschkron, zur Zeit New Delhi	67
4	Wiertakter ohne Takt SS-Hügel und die Schweizer	49
5	Tiefplüge und ihre Wirkungen Lärmbelästigung aus der Luft	41
6	Mit der Unterschrift Globkes Die erste Austreibung aus dem Sudetengebiet	32

\* \* \*  
\* \* \*

### Erklärungen müssen Schritte folgen

"Nach meiner Überlegung muß aber das vornehmste Ziel der Politik eines jeden Staatsmannes, gleichgültig wo er steht, sein, eine kontrollierte Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen herbeizuführen, dort wieder anzufangen, wo man im August 1957 in der Unterkommission der UN in London aufgehört hat und diese Verhandlungen, die keinen schlechten Verlauf zu nehmen schienen, zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen".

(Dr. Adenauer in seinem Brief an Ministerpräsident Chruschtschow am 18. August 1959).

sp - Diese Passage aus Adenauers Brief an Chruschtschow dürfte in Kürze von brennender Aktualität werden. Wenn es richtig ist - wie auch Churchill, einer der Architekten des Kalten Krieges gestern in London erklärte -, daß die lange Periode des Mißtrauens und der Verleumdungen vielleicht zu Ende gehe, wird man sich sehr bald in der ganzen Welt fragen, welchen konstruktiven Beitrag die Regierung der Bundesrepublik zur Abrüstung zu leisten bereit ist.

Es gibt eine Reihe von Adenauer-Erklärungen, die ganz allgemein eine globale Abrüstung befürworten. Es gibt aber kaum einen Anhaltspunkt dafür, daß Adenauer bald bereit sein könnte, konkrete Maßnahmen zur Abrüstung im spannungsgeladenen mitteleuropäischen Raum gutzuheißen. Die durch ihn intensiv geförderte Ablehnung einer Diskussion über den Rapacki-Plan (atomwaffenfreie Zone in Europa), die systematisch von der Bundesregierung in den vergangenen Jahren betriebene Aufrüstungspolitik lassen Erklärungen über globale Abrüstungsmaßnahmen als Lippenbekenntnis wirken.

Es scheint jetzt sicher zu sein, daß die Großmächte zu einem Abschluß über den Stop von Atomwaffen-Versuchen gelangen wollen; auch ohne Rücksicht auf Frankreichs angekündigten Atomwaffen-Versuch in der Sahara!

Als nächster Schritt ist dann die intensive Verhandlung über den Stop und die Verringerung sogenannter konventioneller Rüstungsbestände zu erwarten. Das wird der Prüfstein für die Frage sein, welchen Beitrag die Bundesregierung zur günstigen Beeinflussung dieser Diskussion zu leisten bereit ist.

Wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß eine deutsche Einschaltung in die jetzt beginnenden internationalen Abrüstungsgespräche im positiven Sinne die Voraussetzung für die Lösung auch der politischen Probleme in Europa ist.

Deshalb erhebt sich die Frage, ob Adenauer nunmehr bald erklärt, worin der unmittelbare Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung bestehen soll. Das müßte möglichst schnell geschehen; die deutsche und die Weltöffentlichkeit warten darauf.

### Indiens Bevölkerung wächst

Von Inge Deutschkron, zur Zeit New Delhi

Während Indiens Finanzminister Desai in Europa und Amerika um finanzielle Unterstützung für den Dritten Fünfjahresplan seines Landes nachsucht, ist man in New Delhi dabei, sich Klarheit über die Erfordernisse für diesen Plan zu schaffen. Dazu gehört auch die genaue Ermittlung der Bevölkerungszahl. Da man in Indien nur alle zehn Jahre Volkszählungen durchführt und dies seit 1951 nicht mehr getan hat, muß man sich vorläufig noch auf allgemeine Schätzungen verlassen. Die von den Regierungsstellen nunmehr veröffentlichten Zahlen zeigen, daß die Bevölkerungszahl Indiens in diesem Jahr 415 Millionen Menschen erreicht haben muß. Es ist also anzunehmen, daß die indische Bevölkerung bei Beginn des nächsten Fünfjahresplanes 1961 430 Millionen Einwohner zählen wird. Die Bevölkerungszunahme ist damit nicht wie bisher um fünf, sondern um sieben Millionen Menschen jährlich gestiegen.

Da anzunehmen ist, daß die 1961 fällige Zählung diese Berechnungen bestätigen wird, kann man daraus folgern, daß Indien in den letzten zehn Jahren seine bisher stärkste Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hatte. Der Zuwachs von 1951 bis 1961 beläuft sich auf 69 Millionen, von 1941 bis 1951 auf nur 47 Millionen und von 1931 bis 1941 auf 39 Millionen. Diese Feststellungen lassen die Voraussage zu, daß sich das indische Volk von 1961 bis 1971 mindestens um 97 Millionen vermehren und damit in weniger als zwölf Jahren 527,8 Millionen Menschen umfassen wird. Wie sich diese Bevölkerungszunahme auf die Bevölkerungsdichte auswirken wird, ist nicht zu ermessen. Indien ist schon heute das Land mit der zweitstärksten Bevölkerung im Verhältnis zu seiner Größe.

Der jährliche Bevölkerungszuwachs wird sich also aller Wahrscheinlichkeit nach bis 1971 auf zehn Millionen gesteigert haben. Diese Schätzungen basieren auf der Annahme, daß sich auf Grund der verbesserten hygienischen und medizinischen Betreuung die Lebenserwartung von jetzt 32 Jahren bis 1966 auf 50 Jahre erhöht haben wird und daß sich die Säuglingssterblichkeit mit der gleichen Schnelligkeit vermindert. Die vorhandenen Statistiken einiger Provinzen beweisen, daß die Sterblichkeitsziffer seit 1951 erheblich gesunken ist; im südlichen Landes-

teil Madras von 25,8 auf 14,2 pro Tausend und im nördlichen Punjab von 16,5 auf 13,8 pro Tausend. Impfungen, Malaria-Kontrollen und bessere Ernährung sind die direkte Ursache für dieses Absinken der Sterblichkeitsrate.

Alle Berechnungen und Schätzungen zeigen außerdem, daß die Bevölkerungszunahme durch Geburten nicht geringer geworden ist. Nach den Aussagen von Medizinern ist der altersmäßige Jahresfaktor der Fruchtbarkeit in Indien unverändert hoch, ganz im Gegensatz zu Europa, wo er mit zunehmendem Alter absinkt. Die geringe Verschiebung des Heiratsalters - nach den Statistiken heiratet jedes sechste Mädchen im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren - hat darum kaum Veränderungen gebracht. Ebenso wenig hat sich die von der Regierung unterstützte Aufklärungskampagne zur Familienplanung bisher ausgewirkt. Da in dem zweiten Fünfjahresplan Mittel für nur 2.300 Aufklärungskliniken in ganz Indien zur Verfügung gestellt worden sind (2.000 für die Landgebiete und 300 für die Städte), ist mit einem weitverbreiteten Verständnis für die Familienplanung noch nicht zu rechnen. Die Erfahrungen dieser schon bestehenden Kliniken zeigen, daß die Landbevölkerung - und sie macht über siebzig Prozent der Gesamtbevölkerung aus - kein Interesse für diese neue Einrichtung hat. Auch in den Städten ist es meistens nicht die ärmste Bevölkerungsschicht, die diese Kliniken aufsucht. In manchen Ortschaften sind sie den Frauenkliniken angeschlossen, um so die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Auch Sterilisierungen werden in den seltensten Fällen vor dem vierten Kind durchgeführt. Beide Ehepartner müssen sich zu diesem Schritt bereiterklären. Dabei hat sich gezeigt, daß die Frauen viel eher für eine Begrenzung ihrer Familie zu gewinnen sind.

Es ist anzunehmen, daß der Dritte Fünfjahresplan weitere Mittel für die Schaffung derartiger Kliniken bereitstellen wird. Auf keinen Fall aber wird sich die jetzt begonnene Kampagne vor 1966 auf die Geburtenzahlen auswirken. Nehrus wiederholte Mahnungen an die indische Wirtschaft, die Produktionszahlen der Landwirtschaft und der Industrie sowie den Export zu steigern, gewinnen angesichts der veröffentlichten Schätzungen über Indiens Bevölkerungszunahme deshalb erheblich an Bedeutung.

+ + +

### Viertakter ohne Takt

KvK. - Takt ist eine angeborene Gabe. Entweder man hat ihn, oder man hat ihn nicht. Wir Deutschen sind leider zum größten Teil bei dieser Verteilung zu kurz gekommen, dafür aber haben wir das seltene Talent zum Ausgleich, uns in der Welt so oft "beliebt" zu machen. Die Leitung eines großen deutschen Vier-Takter-Auto-Werkes scheint gar nichts davon abbekommen zu haben oder verbaute ihn restlos in ihre Motore, sonst hätte uns die Fabrik wohl die Blamage erspart und der langsam etwas abklingenden Antipathie der Schweizer allen Deutschen gegenüber nicht neue Nahrung gegeben.

Das betreffende Werk, dessen Namen wir noch diskreterweise verschweigen wollen, lud dieser Tage eine Anzahl schweizerischer Nationalräte, die in der Zolltarifkommission des Parlaments tätig sind, zu einer Besprechung über Autozollfragen und einer anschließenden Werkbesichtigung ein. Ein äußerst höflicher, zuvorkommender und eleganter Herr hatte im Auftrag der Direktion die schweizerischen Politiker zu empfangen, ihnen Erklärungen zu geben und bei der Fabrikbesichtigung den chevaleresken Gastgeber zu zieren. Das ging alles soweit ganz gut bis zu dem Augenblick, als der smarte maître de plaisir sich bemüßigt fühlte, jedem der Besucher - wohl zur freundlichen Erinnerung - seine Visitenkarte in die Hand zu drücken. Hügel stand darauf.

Das hätte er nicht tun sollen, denn damit hat er seiner Firma den schlechtesten Dienst erwiesen und die Schweizer, die an solche Namen nicht gerne erinnert werden, erheblich verletzt. Die Nationalräte hatten diesen Namen nämlich durchaus noch nicht vergessen und vermuteten in ihm einen recht bekannten Typ aus dem Dritten Reich.

Klaus Hügel sei niemand anders als der gewesene SS-Offizier, der im Dritten Reich die "schweizerischen Angelegenheiten zu betreuen" hatte. Das heißt in Wirklichkeit: die Deutschen in der Schweiz zu bespitzeln, für die Nazi-Propaganda in der Schweiz tätig zu sein und Spionage zu treiben. Außerdem war er vom "Führer" als präsumtiver "Gauleiter Schweiz" ausersesehen, wenn es zur "Neuordnung Europas" unter Adolf gekommen wäre.

Die Schweizer Oberzolldirektion, auf deren Anregung diese Besuchsfahrt arrangiert worden war, ging der Sache nach, und siehe da, die Annahme, die die Schweizer Nationalräte so verschupfte, bewahrheitete sich. Die Oberzolldirektion hatte sich deshalb förmlich bei den Nationalräten entschuldigt. Wer aber annehmen sollte, daß auch das deutsche Werk eine solch immerhin erhebliche Instinktlosigkeit zum Anlaß eines ähnlichen Schrittes genommen hätte, der mußte erfahren, daß unsere heutigen Wirtschafts-Wunderkinder bereits wieder jedes Gefühl von Anstand, Takt und Form verloren haben, und auf den deutschen Namen fällt die Kritik zurück, zu der sich die weitverbreitete Basler "National-Zeitung" berechtigt fühlt, indem sie schreibt: "Es ist halt einfach hoffnungslos mit den Deutschen und ihren Nazis. Man wird sich an diesen Gedanken gewöhnen müssen ..."

Wir aber gewöhnen uns nicht daran und verlangen von den Produzenten dieser Vier-Takter nur einen einzigen Takt, nämlich den menschlichen, der allein in der Lage ist, den deutschen Namen wieder auch nur ein wenig zu Ansehen zu bringen. Mit Wirtschaftswunder und Divisionen allein schafft man das nicht.

### Tiefflüge und ihre Wirkungen

mu. - Übungsgebiete für die Militärmaschinen sind über dem "schmalen Schlauch" Bundesrepublik sehr knapp geworden, nachdem die Zahl der Maschinen und vor allem deren Geschwindigkeit ständig zunehmen. Das hat zu einer zum Teil kaum noch zu ertragenden Lärmbelastigung der Bevölkerung geführt. Inzwischen mußten rund ein Achtel des Gebietes von Schleswig-Holstein, das mit Militär besonders stark belegt ist, als Übungsgebiet für Tiefflieger freigegeben werden.

Dabei sind erst vier Flugplätze für militärische Zwecke im Norden zwischen den Meeren in Benutzung genommen worden. Vier weitere Luftwaffenflugplätze befinden sich im Bau. Es sollen große NATO-Flugplätze mit Startbahnen für Düsenmaschinen werden, vor allem im Nord-Westen des Landes. Die ersten Einheiten sollen noch in diesem Jahr auf dem im Bau befindlichen Militärflugplatz Leck stationiert werden.

Nach der Freigabe dieser weiteren vier Flugplätze wird die Frage der Lärmbelastigung noch akuter werden, so daß dann zweifellos die Frage gestellt werden muß, ob nicht unbewohnte Ausweichgebiete zum Üben gesucht werden sollten. Dem wird aber bereits heute von militärischer Seite entgegengehalten, daß das zweckmäßigste Übungsgebiet über der zu schützenden Heimat liege.

Es muß festgestellt werden, daß sich von Monat zu Monat die Berichte auch bei den militärischen Kommandostellen über Autounfälle und Nervenschocks häufen, die durch tieffliegende Düsenjäger entstanden sind. Krankenhäuser, Schulen und Kurdirektoren haben sich in Schleswig-Holstein bereits beklagt. Das gilt vor allem für die Städte entlang der Westküste, wo ein Streifen von Süden nach Norden für die Übung von Tieffliegern freigegeben worden ist.

Dieses Tieffluggebiet verläuft nach Süden über Hamburg hinaus und über die Autobahn Hamburg - Bremen hinweg, wo bereits ein tödlicher Unfall gemeldet wurde, nachdem eine Düsenmaschine die Betonbahn im Tiefflug anflog. Gleiche Beobachtungen sind im Norden auf der Europastraße 3 und der Bundesstraße 201 gemacht worden.

Es nützt wenig, daß die größeren Städte an der Westküste durch einen drei Kilometer Bannkreis vom Anfliegen im Sturzflug geschützt sind. Die Schallmauer knallt oft genug auch auf diese dichtbesiedelten Gebiete hinab, und hin und wieder werden die Bannkreise auch nicht beachtet. Die Frage der Lärmbelastigung aus der Luft hat sich im ganzen gesehen in den letzten Monaten im Norden so zugespitzt, daß nunmehr die Frage auftritt, ob nicht das Bundesverteidigungsministerium von sich aus Abhilfe schaffen kann.

Mit der Unterschrift Globkes

sp - Staatssekretär Dr. Hans Globke, Intimus des Bundeskanzlers, gehört nicht nur zu den Kommentatoren der schändlichen Nürnberger Rassegesetze, er war auch dabei, - "juristisch" - als Hitler in der Tschechoslowakei viele viele Menschen aus den ihnen angestammten Heimatorten vertreiben liess. Auf diese Tatsache macht ein in der "Welt" (26. 9. 59) veröffentlichter Leserbrief aufmerksam, in dem der Verfasser an den Vertrag erinnert, der zwischen der damaligen deutschen Reichsregierung und der tschechoslowakischen Regierung nach der Einverleibung des Sudetenlandes durch Hitler im Herbst 1938 in Berlin abgeschlossen wurde, um die Staatsangehörigkeit und Optionsfrage zu regeln.

Der § 2 dieses Vertrages hielt die Verpflichtung der tschechoslowakischen Regierung fest, Personen aufzunehmen, die die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besaßen, in den abgetretenen Gebieten wohnten und von der deutschen Regierung als unerwünscht ausgewiesen wurden. Im § 12 hiess es, dass die Personen, die das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen müssen, zwar ihr bewegliches Gut mitnehmen dürfen, aber kein bares Geld, keine Wertpapiere und Sammlungen (Kunstgegenstände und dergleichen). Dieser Vertrag trug für das "Dritte Reich" die Unterschrift von Dr. Friedrich Gaus, Dr. Hans Globke; als tschechischer Partner zeichnete ein Dr. Antonin Koukal.

Einige Hunderttausend Tschechen mussten damals ihre Heimat verlassen und Zuflucht im Inneren der Tschechoslowakei suchen. Sie waren die Unglücksboten und Vorläufer jener gewaltigen Vertreibungswelle, die sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes aus den Ostgebieten und aus der Tschechoslowakei nach Deutschland ergoss - nur waren es diesmal Deutsche. Mehr als zehn Millionen Deutsche mussten dafür büssen, was ihnen mit den Tschechen einige Jahre vorher demonstriert worden war. Ein Mitwirkender an dieser gewaltigen Tragödie sitzt heute wieder in Amt und Würden, Dr. Hans Globke. Seine Tätigkeit im "Dritten Reich" hat Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht daran gehindert, diesem Mann besondere Gunst zu erweisen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel